



**Erklärung des Generalsekretärs der COMECE  
zur Resolution des Europäischen Parlaments mit dem Titel  
*"Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA, das Abtreibungsrecht  
in den Vereinigten Staaten zu kippen, und die Notwendigkeit, das Recht auf  
Abtreibung und die Gesundheit von Frauen in der EU zu schützen"***

Wir bedauern die gestrige Annahme der Resolution durch das Europäische Parlament, die den Weg für eine Abweichung von allgemein anerkannten Menschenrechten ebnet und die Tragödie der Abtreibung für Mütter in Schwierigkeiten falsch gewichtet.

Wir müssen uns für mehr Einigkeit unter den Europäern einsetzen und dürfen nicht noch mehr ideologische Barrieren und Polarisierungen schaffen. Wir müssen schwangere Mütter unterstützen und sie bei der Bewältigung ihrer Schwierigkeiten in problematischen Lebenssituationen begleiten.

Das Europäische Parlament sollte sich weder in Bereiche wie die Abtreibung einmischen, der außerhalb seiner Zuständigkeit liegt, noch sich in die inneren Angelegenheiten demokratischer EU- oder Nicht-EU-Länder einmischen.

Die Förderung radikaler politischer Agenden gefährdet Grundrechte, wie die Gewissens- und Religionsfreiheit, die Meinungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit, und schadet dem sozialen Zusammenhalt.

Die vorrangige Aufnahme eines Rechts auf Abtreibung in die Charta der Grundrechte der Europäischen Union im Zusammenhang mit einer möglichen Überarbeitung der EU-Verträge kann die Chancen eines solchen Reformprozesses ernsthaft gefährden und gleichzeitig Konfrontationen unter unseren Mitbürgern und zwischen den EU-Mitgliedstaaten verschärfen.

P. Dr. Manuel Barrios Prieto  
*Generalsekretär der COMECE*